

INHALTSVERZEICHNIS

1 Allgemeine Beschreibung der Leistung	4
1.1 Auszuführende Leistungen	4
1.1.1 Straßenbau	4
1.2 Ausgeführte Vorarbeiten	6
1.2.1 Vermessung	6
1.2.2 Baugrund	6
1.3 Ausgeführte Leistungen	6
1.3.1 Kampfmittelbeseitigung	6
1.4 Gleichzeitig laufende Bauarbeiten	7
1.5 Mindestanforderungen für Nebenangebote	7
2 Angaben zur Baustelle	7
2.1 Lage der Baustelle	7
2.2 Vorhandene öffentliche Verkehrswege	8
2.3 Zugänge, Zufahrten	8
2.4 Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen	8
2.5 Lager- und Arbeitsplätze	8
2.6 Gewässer	9
2.7 Baugrundverhältnisse	9
2.7.1 Straßenbefestigungen	10
2.8 Seitenentnahmen und Ablagerungsstellen	10
2.9 Schutzbereiche und -objekte	10
2.10 Anlagen und Leitungen im Baugelände	11
2.11 Öffentlicher Verkehr im Baubereich	11
3 Angaben zur Ausführung	12
3.1 Verkehrsführung, Verkehrssicherung	12
3.1.1 Allgemeines	12

3.2	Bauablauf	12
3.2.1	Allgemeines	12
3.2.2	Abnahme	12
3.3	Wasserhaltung.....	13
3.4	Baubeihilfe	13
3.5	Stoffe, Bauteile	13
3.6	Abfälle	14
3.6.1	Allgemeines	14
3.6.2	Festgestellte Schadstoffe	14
3.6.3	Weitere Feststellung von Schadstoffen	14
3.7	Winterbau	15
3.8	Beweissicherung	15
3.9	Sicherungsmaßnahmen.....	15
3.9.1	Hochwasserschutz	15
3.9.2	Sicherungsmaßnahmen	15
3.9.3	Natur- und Landschaftsschutz, Gewässerschutz.....	16
3.9.4	Emissions-/ Immissionsschutz.....	16
3.9.5	Grenzsteine und amtliche Festpunkte	17
3.10	Belastungsannahmen	17
3.11	Vermessungsleistungen, Aufmaßverfahren	17
3.11.1	Vermessungsleitungen.....	17
3.11.2	Aufmaßverfahren	17
3.12	Prüfungen.....	18
3.12.1	Eignungsprüfungen.....	19
3.12.2	Eigenüberwachungsprüfungen.....	20
3.12.3	Kontrollprüfungen.....	20
3.12.4	Muster für Bauteile	21
3.12.5	Bautagesberichte (§ 4 VOB/B)	21
3.13	Zusammenfassende Angaben für den SiGe-Plan	22
4	Ausführungsunterlagen	22
4.1	Vom AG zur Verfügung gestellte Unterlagen	22

4.2	Vom AN zu beschaffende Unterlagen	22
4.2.1	Zur Bauanlaufberatung	22
4.2.2	Ausführungsunterlagen	22
4.2.3	Bestandspläne, Bauwerksbuch	22
4.2.4	Dokumentationsaufnahmen für den gesamten Bauablauf	23
4.2.5	Abnahmeunterlagen.....	23
5	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen	23
5.1	Anzuwendende sonstigen Technische Regelwerke/Vorschriften	23
6	Sonstiges	23

1 Allgemeine Beschreibung der Leistung

Die ausgeschriebenen Leistungen gliedern sich in die folgenden Bauabschnitte:

- 1 Allgemeine Leistungen
- 2 Verkehrssicherung
- 3 Erdarbeiten und Schichten ohne Bindemittel
- 4 Asphaltbauweise
- 5 Pflaster, Borde, Rinnen
- 6 Straßenentwässerung
- 7 Markierungsarbeiten

1.1 Auszuführende Leistungen

Die folgende Beschreibung der Baumaßnahme entbindet den Auftragnehmer nicht von der Verpflichtung, sich zwingend vor der Angebotsabgabe über die örtlichen Gegebenheiten im Bereich der Baumaßnahme zu informieren und sich genaue Kenntnisse über den Umfang und den Schwierigkeitsgrad der durchzuführenden Arbeiten zu verschaffen.

Bei Unklarheiten im Leistungsverzeichnis hat sich der Auftragnehmer bei der ausschreibenden Dienststelle zu unterrichten. Nachforderungen infolge Unkenntnis der Örtlichkeit oder des Umfangs und der Art der auszuführenden Leistungen werden nicht anerkannt.

Sämtliche Positionen verstehen sich einschließlich Lieferung und Montage, wenn in den Positionen kein anderer Sachverhalt beschrieben ist.

1.1.1 Straßenbau

1.1.1.1 Art und Umfang

Im vorgegebenen Baubereich ist die Deckenerneuerung der Steinpleiser Straße durchzuführen. Es ist geplant die Asphaltdeckschicht und partiell die Asphalttragschicht zu erneuern. Im Bereich der Gleisanlage wird mit Walzasphalt direkt bis an die Schienen gearbeitet. Der Asphalt zwischen den Gleisen wird erhalten und ist nicht Bestandteil der Ausschreibung.

Um die Verkehrsführung während der Bauzeit zu gewährleisten, sind insgesamt 2 Bauphasen notwendig. Die Erneuerung der Asphaltdeckschicht soll jeweils halbseitig über die gesamte Länge erfolgen.

Weiterhin ist im Zusammenhang mit der Wasserführung der Bord partiell zu erneuern, dies gilt ebenso für defekte Bordsteine.

Es ist eine Bestandsvermessung durchzuführen, dabei sind die vorhandenen Längs- und Quergefälle sowie Hoch- und Tiefpunkte der jeweiligen Fahrspuren zu dokumentieren.

Im Ausbereich ist die Markierung wiederherzustellen.

In Fahrtrichtung Werdau (Bauphase 1) wird die vorhandene Bushaltestelle verlegt. Mit Verlegung der Haltestelle werden Bussonderborde hergestellt und die Wartefläche wird in Betonpflaster ausgebildet. Für die spätere Stromversorgung der Werbevitrine der Wartehalle wird ein Elektrokabel im Schutzrohr von dem gegenüberliegenden Beleuchtungsmasten verlegt.

1.1.1.2 Entwässerung

Oberflächenentwässerung

Das Oberflächenwasser der Fahrbahn wird den Straßenabläufen zugeführt und über Anschlussleitungen DN 150 PP in den vorhandenen Mischwasserkanal abgeleitet. Die Straßenabläufe bestehen aus Betonfertigteilen. Aufsätze der Straßenabläufe müssen der Belastungsklasse D 400 entsprechen. Es sind gusseiserne Abdeckungen mit Schmutzfänger einzubauen. Mit dem geplanten Austausch der Abdeckungen sind bei allen Straßenabläufe Auflagerringe aus Kunststoff einzubauen. Die Abdeckungen besitzen das Maß 500x500 mm. Es sind bei allen Abläufen tiefe Eimer nach DIN zu verwenden (Form A4).

Planumsentwässerung

Mit der geplanten Deckenerneuerung erfolgt kein planmäßiger Eingriff in die bestehende Planumsentwässerung. Ggf. vorhandene Sickerableitungen sind bei Antreffen funktionsfähig an die Ableitungen der Straßenabläufe anzubinden.

Entwässerung während der Bauzeit

Das schadlose Ableiten des im Baufeld anfallenden Niederschlags- und Oberflächenwassers während der Bauzeit ist Sache des AN und in die Einheitspreise einzukalkulieren.

1.1.1.3 Oberbau

Auf Grund der Radiologischen Belastung werden die ungebundenen Schichten nur im Ausnahmefall ausgebaut, die Abstimmung erfolgt mit der örtlichen Bauüberwachung des AG.

Aufbau Fahrspur:

4 cm Asphaltdeckschicht SMA 11

14 cm Asphalttragschicht AC 32 T N 50/70

40 cm Frostschutzschicht (punktuell)

Σ 60 cm frostsicherer Oberbau

Aufbau Gehweg Pflaster:

8 cm Betonpflaster

4 cm Bettung Brechsand-Splitt-Gemisch

18 cm Frostschutzschicht 0/45

Σ 30 cm Oberbau

1.1.1.4 Ausstattung

Markierung

Nach der Herstellung der Asphaltdecke sind Markierungsarbeiten durchzuführen. Bei den Markierungsarbeiten wird bewusst eine Endmarkierung ohne Verkehrsfreigabemarkierung gefordert. Es ist eine aufgelegte Kaltplastik aufzubringen (nicht spritzbar).

Bushaltestelle

Die Haltestelle erhält einen Kasseler Sonderbord Plus. Das Versetzen der vorhandenen Wartehalle ist nicht Bestandteil der Ausschreibung. Im Bereich der künftigen Wartehalle wird ein Stromanschluss benötigt. Die Verlegung des Kabels erfolgt halbseitig mit den jeweiligen Bauphasen. Das Kabel ist in die Bestandsleuchte zu führen. Den Anschluss übernimmt die Stadtbeleuchtung.

1.1.1.5 Zweck, Nutzung

Die Fahrbahn befindet sich in einem unzureichenden baulichen und für die vorliegende Verkehrsbelastung nicht tragbaren Zustand. Die Deckensanierung soll dem fortschreitenden Verfall der Substanz entgegenwirken.

1.1.1.6 Untergrund, Unterbau

Es gelten die Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen und Richtlinien für Erdarbeiten im Straßenbau (ZTV E-StB 17), DIN 4123 und DIN 4124.

1.2 Ausgeführte Vorarbeiten

1.2.1 Vermessung

Die geplante Haltestelle orientiert sich an den Grundstücksgrenzen. Diese werden durch den AG abgesteckt. Um eine Grenzüberbauung mit der Rückenstütze des Tiefbordes zu vermeiden, ist mit der Rückenstütze ein Sicherheitsabstand von 20 cm zur abgesteckten Grenze einzuhalten.

1.2.2 Baugrund

Im Zuge der Planung wurden 5 Schürfe im Baufeld hergestellt. Die Ergebnisse der Asphaltanalyse liegen der Ausschreibung bei.

1.3 Ausgeführte Leistungen

1.3.1 Kampfmittelbeseitigung

Hinweise auf Kampfmittel liegen nicht vor. Vom Auftraggeber kann keine Gewähr über das Nichtvorhandensein von Kampfmitteln übernommen werden. Falls im Baubereich Kampfmittel gefunden werden, sind die Bauarbeiten sofort einzustellen, die Fundstelle abzusperren und die örtliche Bauüberwachung sowie die nächste Polizeidienststelle zu benachrichtigen. Eine entsprechende Belehrung der Beschäftigten auf der Baustelle hat zu erfolgen.

1.4 Vorarbeiten

Durch den Bauhof wird die Hecke auf Höhe Gebäude 2 bis 4 gerodet. Teil der Ausschreibung ist die Rodung der verbliebenen Wurzelstöcke.

1.5 Mindestanforderungen für Nebenangebote

Nebenangebote sind erschöpfend zu beschreiben. Deren technische Gleichwertigkeit ist vom Bieter mit deren Vorlage nachzuweisen. Die Gleichwertigkeit der Nebenangebote muss sich aus dem Nebenangebot, so wie es vorliegt, ergeben. Defizite hinsichtlich der vorgelegten Unterlagen werden durch den Auftraggeber durch eigene Nachforschungen nicht ausgeglichen. Die erforderlichen Eignungsnachweise, Pläne, Ausführungsunterlagen, eventuelle Nachweise der Umweltverträglichkeit usw. sind für die Beurteilung der Gleichwertigkeit mit dem Nebenangebot einzureichen.

Der AN stimmt alle Änderungen infolge von Nebenangeboten und Änderungsvorschlägen mit den an der Planung Beteiligten (z.B. Versorgungsunternehmen oder anderen Drittbeteiligten) ab. Zusätzlich anfallende Kosten für Prüfungen, Gutachten usw. trägt der AN. Der AN berücksichtigt diese Mehrkosten bei der Kalkulation und Abgabe seiner Nebenangebote und Änderungsvorschläge.

Nebenangebote, die gegen anerkannte Regeln der Technik verstoßen, werden ausgeschlossen. Nebenangebote, welche Bauweisen, Materialien und Technologien beinhalten, die die Einhaltung der RStO 12 sowie der Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen und weiteren Technischen Regelwerke, Rundschreiben des BMDV und Erlasse des SMWA nicht gewährleisten, werden nicht gewertet. Nebenangebote mit verlängerten Ausführungs- und Verkehrsbeschränkungsfristen sowie mit veränderten Ausführungsbedingungen hinsichtlich der Führung des öffentlichen Verkehrs werden nicht gewertet.

Nebenangebote, mit denen Trassierungselemente (Achsen, Gradienten, Quer- und Längsneigungen, Querschnitte, etc.) verändert werden, werden nicht gewertet.

Nebenangebote mit dem Inhalt, gebrochene Mineralstoffe aus Recyclingbeton in Tragschichten ohne Bindemittel einzubauen, müssen die gleichzeitige Vorlage der gültigen Eignungsbeurteilung durch die LIST Gesellschaft für Verkehrswesen und ingenieurtechnische Dienstleistungen mbH beinhalten. Nebenangebote mit dem Inhalt, ungebrochene, rundkörnige Gesteinsgemische ohne Zugabe von Bindemittel einzubauen, werden, auch bei einem Aufbau entsprechend RStO 12, nicht gewertet. Nebenangebote mit anderen als den ausgeschriebenen bituminösen Bindemitteln werden nicht gewertet.

Nebenangebote mit dem Inhalt, kompakte Asphaltbefestigungen herzustellen, werden nicht gewertet.

2 Angaben zur Baustelle

2.1 Lage der Baustelle

- Bundesrepublik Deutschland; Freistaat Sachsen; Landkreis Zwickau
- Stadt Zwickau

2.2 Vorhandene öffentliche Verkehrswege

Die Baustelle ist aus Richtung Westen über die S293 zu erreichen. Aus Richtung Osten ist die Steinpleiser Straße über die Marienthaler Straße und die Werdauer Straße an das übergeordnete Straßennetz (Bundesstraße B175) angeschlossen. Weiterhin ist die Marienthaler Straße über die Olzmannstraße an die B 173 angeschlossen.

2.3 Zugänge, Zufahrten

Die Baustelle ist über die in Punkt 2.2 genannten Straßen zu erreichen.

Vom AG werden keine besonderen Zugangs- und Zufahrtsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt. Alle Zufahrten zur Baustelle sind Angelegenheit des AN und sind in die Einheitspreise einzurechnen. Eventuell verlangte Sondernutzungsgebühren und anfallende Reparaturkosten sind in die Einheitspreise einzukalkulieren.

Die aus Anlass der Baumaßnahme befahrenen öffentlichen Straßen und Wege sind, soweit sie über das allgemeine und das dem Ausbauzustand entsprechende Maß hinaus beansprucht werden, für die Dauer der Benutzung zu unterhalten und anschließend wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen.

Die laufende Reinigung und die Wiederinstandsetzung sind Sache des AN.

Für Zu- und Abfahrten vom öffentlichen Straßen- und Wegenetz hat sich der AN über bestehende und während der Bauzeit zu erwartende Beschränkungen bzw. Auflagen beim jeweiligen Baulastträger/ Wegeeigentümer zu informieren. Die Benutzung öffentlicher und nicht öffentlicher Wege bedarf der vorherigen Zustimmung des jeweiligen Wegeeigentümers.

Mit der Schlussrechnung hat der AN zu bestätigen, dass berechnete Ansprüche Dritter abgefunden bzw. die Regulierungsverhandlungen noch im Gange und weitere Forderungen nicht bekannt sind.

Der Baustellenverkehr hat sich bei der Baustellenein- und -ausfahrt in die angeordnete Verkehrsführung einzuordnen.

Innerhalb der Baustelle gelten die „Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen“ (RSA) und die StVO.

2.4 Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen

Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen werden vom AG nicht zur Verfügung gestellt. Diese sind vom AN ohne gesonderte Vergütung selbst zu beschaffen.

2.5 Lager- und Arbeitsplätze

Dem AN werden außerhalb des Baubereiches keine Lager- und Arbeitsplätze sowie Flächen für die Baustelleneinrichtung zur Verfügung gestellt. Der AG übergibt lediglich die Fläche seines Baugrundstückes im Baubereich. Innerhalb des Baufeldes herrschen beengte Verhältnisse, die sich wesentlich auf den vorgesehenen Bauablauf einschließlich der damit verbundenen Transportwege auswirken. Die daraus

resultierenden Erschwernisse und Mehraufwendungen sind durch den AN in den Positionen Baustelleneinrichtung einzurechnen.

Benötigt der AN weitere Flächen, so ist es seine Aufgabe, sich diese zu beschaffen oder ihre Benutzung zu vereinbaren. Die rechtmäßige Nutzung ist dem AG auf Anforderung nachzuweisen. Die Kosten hierfür sind in die Pauschale für die Baustelleneinrichtung einzurechnen.

Die vorübergehend genutzten Flächen sind nach Baufertigstellung den jeweiligen Eigentümern in ordnungsgemäßen Zustand zurückzugeben. Insbesondere ist der Untergrund bei Verdichtung durch den Baustellenverkehr aufzulockern und wiederherzustellen; durch Bauschutt, Schutt und dgl. Verschmutzter Boden ist auszutauschen. Der AN hat spätestens bei der Schlussabnahme durch Vorlage der Bestätigung der Grundstückseigentümer nachzuweisen, dass er die von ihm verwendeten Flächen in den ursprünglichen Zustand versetzt hat und keine Forderungen vorliegen.

Für Schäden, die durch unsachgemäße Nutzung der Lager- und Arbeitsplätze (z.B. Öl), Eindrücke durch schwere Lasten usw. entstehen, haftet der AN.

Baustelleneinrichtung, Triebstofflager, Gelegenheit zum Auftanken, Reparatur- und Waschplätze, Aborte usw. innerhalb und außerhalb des Baugeländes sind zu umzäunen.

Auch während arbeitsfreier Tage hat der AN die Baustelle zu kontrollieren und Mängel abzustellen.

2.6 Gewässer

Im direkten Baubereich ist kein Gewässer vorhanden.

Der AN hat die sichere Ableitung des Niederschlagswassers über den gesamten Bauzeitraum zu gewährleisten.

2.7 Baugrundverhältnisse

Da es sich um eine Deckenerneuerung handelt, sind ausschließlich oberflächennahe Arbeiten geplant. Die tiefsten Eingriffe sind im Bereich der schadhafte Seitenstreifen geplant.

Es handelt sich um einfache Erdbauleistungen mit geringem Umfang (**ohne Gutachten**). Dazu wird der Homogenbereich HB1 mit nachfolgender Tabelle beschrieben. Die Eigenschaften entsprechen den nicht mehr zu verwendenden Bodenklassen 3-5.

			Homogenbereich HB1
Ortsübliche Bezeichnung			aufgefüllte und anstehende Böden

Bodengruppe nach DIN 18196			grob-, gemischt- und feinkörnige Böden
Massenanteile nach DIN EN ISO 14688-1	Steine		≤ 35
	Blöcke		≤ 30
	große Blöcke		0
Konsistenzzahl nach DIN 18122-1			0,5 – 1,25 (weich bis halbfest)
Lagerungsdichte nach DIN EN ISO 14688-3			locker – dicht
organischer Anteil nach DIN 18128			-

2.7.1 Straßenbefestigungen

Die vorhandene Asphaltsschicht besitzt eine Stärke von 16-18 cm. Unterhalb der Asphaltsschicht befindet sich eine ungebundene Tragschicht mit einer Stärke von ca. 20 cm. Die ungebundene Tragschicht wird in den Bereichen des Asphalttragschichtaustausches nachverdichtet.

2.8 Seitenentnahmen und Ablagerungsstellen

Zwischenlager sind innerhalb des Baufeldes durch den AN entsprechend seiner Technologie selbst anzulegen.

2.9 Schutzbereiche und -objekte

Bei Verdacht auf archäologische Bodenfunde (Knochen, Scherben, Metallteile u.ä.) sind die Arbeiten sofort einzustellen und der AG sowie die zuständigen Ämter (Untere Denkmalschutzbehörde der Stadt Zwickau oder Sächsisches Landesamt für Archäologie Dresden) entsprechend der Meldepflicht gemäß § 20 SächsDSchG zu unterrichten.

Alle im Baustellenbereich vorhandenen amtlichen Vermessungspunkte (Festpunkte, Grenzsteine usw.) sind zu erhalten bzw. zu sichern. Müssen solche Objekte im Zuge der Bauarbeiten verändert oder entfernt werden, so ist dies rechtzeitig vorher durch den AN beim zuständigen Staatlichen Vermessungsamt anzuzeigen, so dass Maßnahmen zur Sicherung bzw. Verlegung der betroffenen Marken veranlasst werden können.

In den angrenzenden Grünflächen unmittelbar neben dem Baubereich stehen mehrere Bäume, welche durch geeignete Maßnahmen zu schützen sind. Arbeiten im Bereich der Wurzelwerke sind in Handschachtung oder mit einem Saugbagger auszuführen. Sollte es bei den auszuführenden Arbeiten zum Freilegen des Wurzelwerkes kommen, sind diese umgehend in Abstimmung mit dem Garten-und Friedhofsamt zu sichern.

Im Zusammenhang mit den durchzuführenden Baumaßnahmen wird auf den Schutz der vorhandenen Bebauung hingewiesen. Die Bautätigkeit ist so durchzuführen, dass die Standsicherheit der Gebäude und bauliche Anlagen gewährleistet und Schäden vermieden werden. Beschädigungen der angrenzenden Flächen und baulichen Anlagen durch unsachgemäße Baudurchführung gehen zu Lasten des AN. Die angrenzenden Flächen sind nach Beendigung der Arbeiten zu reinigen, sofern diese durch die Aufbrucharbeiten verschmutzt werden. Diese Arbeiten werden nicht gesondert vergütet.

2.10 Anlagen und Leitungen im Baugelände

Vor Beginn jeglicher Tiefbauarbeiten hat der AN von den Leitungsbetreibern Schachterlaubnisse einzuholen und sich in den Leitungsbestand einweisen zu lassen. Die Vorschriften zum Schutz der Anlagen und Leitungen bzw. Schutzanweisungen der Versorgungsunternehmen sind vom AN gewissenhaft einzuhalten. Sämtliche im Baubereich befindlichen Kabel und Leitungen sind während der Bauarbeiten zu sichern ggf. nach Absprache mit den Eigentümern der Anlagen umzuverlegen.

Für eventuell verursachte Schäden haftet der AN allein.

Es ist Sache des AN, sich rechtzeitig mit den Versorgungsunternehmen in Verbindung zu setzen, die erforderlichen Schachtgenehmigungen einzuholen und sämtliche Querungen in der Örtlichkeit kennzeichnen zu lassen. Eventuell auftretende Behinderungen und Erschwernisse, gleich welcher Art, berechtigen nicht zu finanziellen Forderungen und Fristüberschreitungen.

Vor dem Überbauen von fremdverfüllten Leitungsgräben hat sich der AN von der fachgerechten Verdichtung zu überzeugen, indem er Einsicht in die Prüfergebnisse der Bodenverdichtung nimmt.

Vorhandene Straßenkappen der Trinkwasserleitungen und Schachtdeckel der Kontrollschächte sind höhengemäß anzupassen.

2.11 Öffentlicher Verkehr im Baubereich

Die Maßnahme findet unter Halbseitiger Sperrung einer Fahrbahnseite statt. Die Steinpleiser Straße wird als Einbahnstraße in Richtung Krankenhaus ausgewiesen.

Den unmittelbaren Anliegern der Steinpleiser Straße ist die Zufahrt zu ihren Grundstücken zu gewährleisten. D.h. nach dem Fräsen der Deckschicht ist ein Asphaltkeil mit Geotextil als Unterlage herzustellen.

3 Angaben zur Ausführung

3.1 Verkehrsführung, Verkehrssicherung

3.1.1 Allgemeines

Der AN hat über die gesamte Bauzeit die Verkehrssicherung und –führung der Baumaßnahme zu gewährleisten. Dazu gehören neben Beantragung, Aufstellung und Vorhaltung der Verkehrssicherung auch die Kontrolle gemäß ZTV-SA. Alle im Zusammenhang mit der Versicherung und –führung stehenden Kosten einschl. Gebühren für die VAO sind mit den im Gewerk Verkehrssicherung enthaltenen Leistungspositionen abgegolten.

Nach Zuschlagserteilung hat der AN unverzüglich den Antrag auf Anordnung verkehrsregelnder Maßnahmen nach §45 StVO bei der zuständigen Straßenverkehrsbehörde einzureichen. Dafür ist eine Dauer von mind. **zwei** Kalenderwochen anzusetzen. Die Sperrung erfolgt entsprechend dem Verkehrskonzept des AG.

Alle mit Baufortschritt eventuell notwendig werdenden Abstimmungen mit der Verkehrsbehörde sind seitens des AN direkt zu führen.

3.2 Bauablauf

3.2.1 Allgemeines

Auf Grund der Komplexität der Baumaßnahme sind 2 Bauphasen vorgesehen. Die Bauphasen sind in den Planunterlagen dargestellt. Des Weiteren finden alle Arbeiten unter halbseitiger Sperrung statt und sind teilweise kleinteilig.

Die Bauphasen dienen der Erreichbarkeit des Krankenhauses durch Rettungsfahrzeuge und sind zwingend einzuhalten.

3.2.2 Abnahme

Der AN hat das Bauwerk zur Abnahme in einem sauberen Zustand zu übergeben.

Verschmutzungen oder dgl. sind durch den AN als Nebenleistung zu entfernen und in die Kalkulation einzubeziehen.

Sollte eine Verkehrsfreigabe trotz fehlender Abnahme erforderlich sein, so ist der AN für die Verkehrssicherungspflicht in vollem Umfang verantwortlich und hat die entsprechenden Kosten zu tragen.

Die Verkehrsübergabe ersetzt nicht die Abnahme und kann auch nicht als Abnahmezeitpunkt angesetzt werden.

Kosten für die Mitwirkung bei der Abnahme gem. ZTV/E-StB 2006 sind in die Baustelleneinrichtung einzurechnen, einschließlich erforderlicher Arbeitskräfte, Geräte und Verkehrssicherung und wird nicht gesondert vergütet.

3.3 Wasserhaltung

Die schadloße Ableitung des Oberflächenwassers bis zur Abnahme ist Sache des AN. Die Kosten hierfür sind in den Einheitspreisen zu berücksichtigen und werden nicht gesondert vergütet.

3.4 Baubehelfe

Baubehelfe z.B. zur Sicherung von Baugruben, Leitungsgräben usw. sind in die entsprechenden Positionen des Leistungsverzeichnisses einzurechnen.

3.5 Stoffe, Bauteile

Sämtliche Stoffe und Bauteile müssen der Güteüberwachung unterliegen. Die Herkunft der zur Verwendung vorgesehenen Stoffe und Bauteile ist dem AG nach Aufforderung verbindlich anzugeben.

Bei Einwirkungen auf den Boden muss generell abgesichert werden, dass es nicht zu schädlichen Bodenveränderungen kommt. Maßnahmenbedingte Bodenbelastungen sind auf das den Umständen entsprechende notwendige Maß zu beschränken und spätestens nach Abschluss der Arbeiten zu beseitigen. Die Überschüttung von Oberboden mit anderen Bodenarten oder Baustoffen ist nicht zulässig.

Entsprechend Bundesbodenschutzgesetz und Sächsischem Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz sind schädliche Bodenveränderungen, die bekannt oder verursacht werden, unverzüglich der zuständigen Behörde (UAB) anzuzeigen.

Alle zu entsorgenden Abbruchmaterialien und –Stoffe sind mit Nachweis einer Wiederverwendung nach Wahl des AN zuzuführen.

Alle diesbezüglichen Kosten sind dementsprechend in die Einheitspreise einzukalkulieren (Laden, Transport, Deponiegebühren, notwendige Analysen usw. entsprechend gewählter Entsorgung).

Erdstoffe

Erdbaustoffe müssen den Anforderungen eines frostsicheren Materials entsprechen. Die Erdstoffe sind entsprechend den TL BuB E-StB 09 und ZTV E-StB 17 zu liefern, einzubauen und zu verdichten. Gewichtsnachweise sind vom AN durch Wiegebescheinigungen zu führen.

Asphalt

Asphaltschichten müssen den ZTV Asphalt-StB 07/13 entsprechen. Die zweckmäßige Mischgutzusammensetzung ist mit einer Eignungsprüfung zu bestimmen. Hierbei sind auch Angaben zur Beurteilung des Verformungswiderstandes in das Prüfzeugnis aufzunehmen.

Für Asphaltdecken gelten folgende zusätzliche Anforderungen:

- Es ist ein Edelbrechsand mit einem Fülleranteil von ≤ 15 Masse-v.H. einzusetzen.
- Am extrahierten Mineralstoffgemisch muss visuell nachweisbar sein, dass kein Rundkorn enthalten ist.

Beim Einbau von Asphaltgemischen ist zu beachten:

- Das Anliefern von Mischgut für Asphalttschichten ist so zu konzipieren, dass unabhängig von der Anzahl der Mischanlagen höchstens Mischgut nach zwei verschiedenen Eignungsprüfungen zum Einsatz kommt.
- Das Anliefern von Mischgut für Asphaltdeckschichten kann im Bedarfsfall nach Zustimmung des AG von mehreren Mischanlagen erfolgen, wenn bei den Asphaltdeckschichten ein und dieselbe Eignungsprüfung mit gleichen Mineralstoffen (Lieferwerk) zugrunde gelegt werden.

3.6 Abfälle

3.6.1 Allgemeines

Gemäß dem Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz - KrWG - vom 24.02.2012), Stand 04.04.2016, sind grundsätzlich alle auf der Baustelle anfallenden Abfallstoffe (Ausbaumaterialien, Bauschutt, Verpackungsmaterial usw.), welche Eigentum des AN sind bzw. waren oder gemäß Leistungsbeschreibung "in Eigentum des AN zu übernehmen und von der Baustelle zu entfernen sind", einer Wiederverwendung oder Verwertung zuzuführen bzw. bei Nichtwiederverwertbarkeit ordnungsgemäß zu entsorgen.

Die ordnungsgemäße Entsorgung ist in geeigneter Form (z.B. elektronisches Abfallnachweisverfahren [eANV], Deponiescheine, Entsorgungs- bzw. Verwertungsnachweise, o.Ä.) dem AG nachzuweisen.

Die dadurch entstehenden Kosten sind, soweit für die Wiederverwendung, Verwertung bzw. Entsorgung keine gesonderten Positionen ausgewiesen sind, in die Einheitspreise der jeweiligen Positionen des Leistungsverzeichnisses für den Aushub, Abtrag, Ab- bzw. Aufbruch, etc. einzurechnen.

Nach dem Gesetz ist zu unterscheiden zwischen:

- nicht gefährlichen Abfällen und
- gefährlichen Abfällen.

Die sich ergebenden Gruppen sind getrennt zu behandeln.

3.6.2 Festgestellte Schadstoffe

Die Analyseergebnisse sind der Ausschreibung zu entnehmen.

Eine Anzeige nach § 53 KrWG ist mit Baubeginn vorzulegen.

3.6.3 Weitere Feststellung von Schadstoffen

Bei Feststellung von Schadstoffen in auszubauenden Materialien wie Deck- und Tragschichten, Böden, Abbruchbeton, etc., welche in der Ausschreibung nicht aufgeführt wurden, sind die jeweiligen Arbeiten unverzüglich einzustellen und ist der AG unverzüglich darüber zu informieren.

Das freigelegte schadstoffhaltige Ausbaumaterial ist gemäß den gesetzlichen Vorschriften gegen das Austreten der Schadstoffe in den Baugrund und benachbarte Bereiche zu sichern.

Die Arbeiten sind auf Anweisung des AG wieder aufzunehmen um das Ausbaumaterial entsprechend dessen Anweisungen zu behandeln bzw. einer Verwertung oder Entsorgung zuzuführen.

3.7 Winterbau

Winterbau ist nicht vorgesehen.

3.8 Beweissicherung

Die Beweissicherung ist vom AN für sämtliche Berührungspunkte mit Rechten Dritter durchzuführen, insbesondere für angrenzende Grundstücke und Zufahrten.

Die Beweissicherung schließt mit der Freistellungserklärung der Betroffenen ab.

Die Beweissicherung ist vor Beginn der Bauarbeiten abzuschließen.

Zusätzlich gelten die Festlegungen zur Beweissicherung gem. VOB/C.

An dieser Stelle wird explizit auf die Anlagen der Deutschen Bahn hingewiesen. Sollten Beschädigungen stattfinden, ist der AG unmittelbar zu informieren.

3.9 Sicherungsmaßnahmen

3.9.1 Hochwasserschutz

entfällt

3.9.2 Sicherungsmaßnahmen

Sicherungsmaßnahmen an Leitungen

Es gilt die DIN 18 299 / Punkt 3.1 und DIN 18 300 / Punkt 3.1.4 und Punkt 3.1.5. Zu beachten sind auch die Bemerkungen unter Punkt 2.10 "Anlagen im Baugelände" bezüglich der einzuholenden Schachtscheine und dgl. Die einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften, Arbeitsschutzrichtlinien u. ä. sind Grundlage für Arbeiten in Bereichen, in denen mit Leitungen zu rechnen ist. Entsprechend DIN 18 299 Punkt 3.1 sind die Vorschriften und Anordnungen der zuständigen Stellen uneingeschränkt zu beachten.

Freigelegte oder offenliegende Leitungen oder deren Bestandteile sind grundsätzlich ausreichend zu sichern. Dafür trägt der AN die Verantwortung. Ausreichende Sicherungsarbeiten werden nicht gesondert vergütet, solange der Aufwand den üblichen Umfang derartiger Maßnahmen nicht übersteigt. Erschwernisse und Behinderungen, die durch gesicherte Anlagen im Baubereich entstehen und die als baustellenüblich anzusehen sind, werden nicht gesondert vergütet.

Entstehen infolge der Arbeiten Schäden an Leitungen, dann haftet der AN bei möglichen Schadensersatzansprüchen jeglicher Art, es sei denn der AN hat diese Leistung trotz vorgetragener Bedenken auf Anweisung des AG ausgeführt. Im Zweifelsfall oder bei Unklarheiten zum Umfang der notwendigen Sicherungsmaßnahmen ist Rücksprache mit der BÜ zu nehmen.

Durch geeignete Maßnahmen ist sicherzustellen, dass während der Baumaßnahme die gesetzlichen Vorschriften, insbesondere StVO, die Unfallverhütungsvorschriften

sowie die Richtlinien für die Sicherung der Arbeitsstellen von Straßen (RSA) eingehalten werden.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die für den Auftraggeber geltenden Unfallverhütungsvorschriften und die anerkannten sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Regeln zu beachten.

Weiterhin sind Sicherungsmaßnahmen an Gebäuden, Stützmauern, Zäunen, Schächten usw. erforderlich. Die erforderlichen Sicherungsmaßnahmen sind mit den Ver- und Entsorgern abzustimmen. Die Sicherungsmaßnahmen haben nach den Regeln der Technik zu erfolgen, die geltenden Vorschriften sind zu beachten. Die im Umfeld befindlichen Bäume sind während der Baumaßnahme zu schützen. Dabei ist die DIN 18 920 sowie RAS-LP 4 anzuwenden.

3.9.3 Natur- und Landschaftsschutz, Gewässerschutz

Für den Baumschutz an den vorhandenen Bäumen ist das Absperrgitter für die Fußgänger grundlegend ausreichend. Sollten Baggerarbeiten unmittelbar neben einen Baum stattfinden, ist in Abstimmung mit dem AG ein Baumschutz anzubringen.

Es ist zu beachten, dass im Bereich der Bäume die Lichte Höhe teilweise unter 4,00 m betragen kann. Es handelt sich bei den Bäumen um Jungbäume, wodurch ein Freischnitt nicht möglich ist, da die Krone nicht die benötigte Höhe besitzt. Hierzu ist im LV eine Erschwernisposition vorgesehen.

Zum Schutz der Umwelt, der Landschaft und der Gewässer hat der Auftragnehmer die durch die Arbeiten hervorgerufenen Beeinträchtigungen auf das unvermeidbare Maß einzuschränken. Behördliche Anordnungen oder Ansprüche Dritter wegen der Auswirkungen der Arbeiten hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Die Verbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG sind während der Bauausführung zu beachten. Baumaschinen und Geräte sind gegen Öl- und Treibstoffverlust zu sichern.

Im Rahmen der Bauausführung sind die Verbote gem. § 39 Abs. 1 BNatSchG - allgemeiner Schutz wild lebender Tiere und Verbote gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG - Schutz von geschützten Tieren, ihren Entwicklungsformen sowie Fortpflanzungs- und Ruhestätten zu beachten. Arbeitsbereiche sind ohne gesonderte Vergütung täglich hinsichtlich des Vorhandenseins von Amphibien/Kleintieren zu kontrollieren. Bei Bedarf sind entsprechende Sicherungsmaßnahmen zu ergreifen.

3.9.4 Emissions-/ Immissionsschutz

Der Baulärm ist auf ein Minimum zu reduzieren.

Bei der Durchführung der Bauarbeiten ist das Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG) einschl. Durchführungsverordnung in der derzeit gültigen Fassung zu beachten.

Durch den Einsatz von Maschinen und Geräten kann es während der Bauphasen in der Umgebung zu erheblichen Lärmbelastungen für die Anwohner kommen. Lärmintensive Bauarbeiten (hierzu zählt auch transportbedingter Fahrverkehr) dürfen nur in der Tagzeit werktags zwischen 07:00 Uhr bis 20:00 Uhr ausgeführt werden.

Als Nachtzeit gilt gemäß Nr. 3.1.2. der AVV Baulärm die Zeit von 20:00 Uhr bis 07:00 Uhr. Lärmschutzmaßnahmen im Zuge der Baudurchführung sind mit den angebotenen Einheitspreisen abgegolten.

3.9.5 Grenzsteine und amtliche Festpunkte

Es gilt DIN 18 300 Punkt 3.2.2. Sollten im ausgewiesenen Bereich trigonometrische Festpunkte des amtlichen Lage- und Höhenbezugssystems vorhanden sein, sind diese in Abstimmung mit dem Vermessungsamt zu sichern bzw. aufmessen zu lassen. Während der Baumaßnahme sind vorhandene Grenzpunkte grundsätzlich nicht zu beseitigen bzw. zu verändern. Gegebenenfalls im unmittelbaren Baufeld befindliche Grenzpunkte sind vor der Baumaßnahme durch das Vermessungsamt, einem ÖbV oder einem Urkundsvermessungsberechtigten aufmessen zu lassen.

3.10 Belastungsannahmen

Es gelten die einschlägig gültigen Vorschriften. Besondere Berechnungsverfahren oder spezielle anzuwendende Normen liegen der Ausschreibung nicht zugrunde. Für alle in den Verkehrsflächen verlaufenden Rohrleitungen ist die Straßenverkehrslast im LM 1 nach DIN EN 1991-2 anzusetzen. Für Schachtabdeckungen ist die DIN 1229 und für Aufsätze die DIN 1213 maßgebend.

3.11 Vermessungsleistungen, Aufmaßverfahren

3.11.1 Vermessungsleitungen

Der Bestand ist hinsichtlich vorhandener Längs-, Quergefälle sowie Hoch- und Tiefpunkte auf zu messen und zu dokumentieren.

3.11.2 Aufmaßverfahren

Abrechnungs- und Aufmaßverfahren sind in der VOB und in den betreffenden Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen für Bauleistungen (ATV) geregelt.

Vor Baubeginn ist das Aufmaßverfahren zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer abzustimmen. Aufmaße sind entsprechend der VOB gemeinsam durch den Auftraggeber und Auftragnehmer zu erstellen.

Grundlage für die Aufmaße sind die vom AG zur Ausführung freigegebenen Ausführungsunterlagen.

Diese ist rechtzeitig zu verständigen. Im Nachhinein nicht mehr prüfbare Leistungen sind mit Unterlagen im prüffähigen Zustand und mit einem gemeinsamen Aufmaß zu untersetzen. Die Nachweispflicht liegt beim AN (Fotos etc.).

Das gemeinsame Aufmaß ist zwei Werkzeuge zuvor anzumelden.

Der Aufwand wird nicht gesondert vergütet und ist in die Einheitspreise einzurechnen.

Aufmaße sind mit Skizzen zu belegen.

Zu jeder Position ist je eine Aufmaß-Skizze anzufertigen.

Die Aufmaß-Skizze muss die Positionsnummer enthalten. Die abgerechnete Positionsmenge ist durch entsprechende Maßangaben nachvollziehbar darzustellen.

Werden mehrere Positionen in einer Skizze dargestellt, so sind diese farbig zu unterscheiden.

Die Rechnungslegung ist fortlaufend zu nummerieren.

Die eingebauten Materialmengen sind vom AN durch Lieferscheine zu belegen. Die geforderten Lieferscheine sind unterschrieben und stets im Original und 2-fach als Kopie beizubringen.

Die Lieferscheine ab Werk müssen folgende Angaben enthalten:

- Lieferdatum und Lieferscheinnummer
- Ladegewichte (Brutto, Tara, Netto) mit entsprechender Materialbezeichnung.

Werden Abrechnungsmengen aufgrund fehlender Lieferscheine nicht nachgewiesen, so erfolgt für die dazugehörige Gesamtposition grundsätzlich keine Vergütung.

Die Lieferscheine sind handschriftlich zusätzlich mit der Positionsnummer zu kennzeichnen. Lieferscheine sind nach Baustoffen zu sortieren und in Übersichten mit Datum, Lieferscheinnummer und Mengen darzustellen und aufzusummieren.

Dieser Aufwand wird nicht gesondert vergütet und ist in die Einheitspreise einzurechnen.

Für die Aufmaße sind Formblätter nach dem Muster des HVA-StB-Aufmaßblatt zu verwenden.

Wiegescscheinne werden zur Abrechnung nur zugelassen, wenn diese von der örtlichen Bauüberwachung des AG durch Unterzeichnung anerkannt wurden.

Für alle vom AN zu liefernden Schüttgüter mit einer nach Gewicht ausgeschriebenen Abrechnung (z.B. Bodenlieferungen, Asphaltmischgut, Schotter und Frostschutzschichten) sind dem AG die Original-Wiegescscheinne zu übergeben. Auf Verlangen des AG sind auch die Original-Wiegescscheinne für andere, nicht nach Gewicht abzurechnende Schüttgüter und Asphaltmischgut zu übergeben.

Der Gewichtsnachweis ist durch Wiegebescheinigungen zu führen, in die das Gewicht durch geeichte Waagen festgestellt und maschinell eingetragen ist (Leer- und Gesamtgewicht), so dass das Wiegepersonal keinen Einfluss nehmen kann. (Für eine eventuell eingebaute Frostschutzschicht ist der Nachweis über die Wichte dem AG vorzulegen.)

Für das Bauteil Bushaltestelle ist eine separate Rechnung zu stellen.

3.12 Prüfungen

Für Baustoffeingangs-, Eignungs-, Fremdüberwachungs- und Kontrollprüfungen sowie Schiedsuntersuchungen zu Baustoffen und Baustoffgemischen der folgenden Fachgebiete gelten die Richtlinien für die Anerkennung von Prüfstellen für Baustoffe und Baustoffgemische im Straßenbau (RAP Stra), veröffentlicht im FGSV Verlag GmbH.

- A: Böden einschl. Bodenverbesserungen
- B: Bitumen und bitumenhaltige Bindemittel
- C: Fugenfüllstoffe

- D: Gesteinskörnungen nach TL Gestein-StB
- F: Oberflächenbehandlungen, Dünne Asphaltdeckschichten in Kaltbauweise
- G: Asphalt
- H: Tragschichten mit hydraulischen Bindemitteln und Fahrbahndecken aus Beton, Bodenverfestigungen
- I: Baustoffe für Schichten ohne Bindemittel und für den Erdbau
- K: Geokunststoffe im Erdbau und im Betondeckenbau

3.12.1 Eignungsprüfungen

Auf Kosten des Auftragnehmers sind von diesem vor Baubeginn die gemäß den Technischen Vorschriften erforderlichen Eignungsprüfungen und -nachweise für die von ihm zum Einbau vorgesehenen Baustoffe, Gemische und Bauteile dem AG vorzulegen.

Die Ordnungszahlen der entsprechenden Teilleistungen sind auf den Prüfzeugnissen anzugeben. Weiterhin muss ersichtlich sein, dass die Eignungsprüfungen und -nachweise den ZTV entsprechen.

Eignungsprüfungen und -nachweise ohne diese Angaben werden zurückgegeben.

Die Eignungsnachweise für Asphaltmischgut, Fahrbahnbeton und hydraulisch gebundene Trag-schichten müssen alle Angaben der Erstprüfungen enthalten. Es wird empfohlen, Kopien der Erstprüfungen zusammen mit der Erklärung des Auftragnehmers als Eignungsnachweise einzureichen. Zusätzlich sind die Bindemittelhersteller zu benennen.

Die Eignungsnachweise für Asphaltmischgut, Fahrbahnbeton und hydraulisch gebundene Trag-schichten sind zwei Wochen vor dessen Einbau vorzulegen.

3.12.1.1 Pflaster, Platten, Borde, Rinnen aus Beton:

Werden für Betonwaren Frost-Tausalz-Prüfungen vorgesehen, sind diese nach den zugeordneten Produktnormen durchzuführen und nach den zugehörigen Anforderungen zu bewerten.

Der Nachweis der Widerstandsfähigkeit gegen Frost -Tausalzbeanspruchung ist vom Hersteller im Rahmen der Erstprüfung, im Rahmen der Fremdüberwachung mindestens aller 2 Jahre und bei Änderung der Betonzusammensetzung zu veranlassen. Die entsprechenden Unterlagen sind dem AG ohne besondere Vergütung vorzulegen.

Pflaster, Platten, Borde, Rinnen aus Beton sind der Expositionsklasse XF 4 zugeordnet. Sie müssen der Klasse 3 für den Frost-Tausalz-Widerstand nach DIN EN 1338, Nr. 5.3.2.2, Tab. 4.2 bzw. nach DIN EN 1340, Nr. 5.3.2.2, Tab. 2.2 entsprechen.

3.12.1.2 Ungebundene Tragschichten:

Für Recyclingbeton in ungebundenen Tragschichten muss die gültige Eignungsbeurteilung entsprechend den TL-SoB StB und TL-Gestein StB durch eine gemäß RAP-Stra zugelassene Prüfeinrichtung vorliegen.

3.12.2 Eigenüberwachungsprüfungen

Es gelten die ZTV Asphalt-StB 07/13. Der AN hat bei der Eigenüberwachung gemäß ZTV Asphalt-StB 07/13, Abschnitt 5.2 den Nachweis der Anfangsgriffigkeit der Walzasphaltdeckschichten durch Erstellen einer Arbeitsanleitung mit Soll-Vorgaben und deren Prüfungen nach dem Formblatt „Dokumentation der Eigenüberwachung der Maßnahmen zur Sicherstellung der Anfangsgriffigkeit von Walzasphaltdeckschichten“ zu führen. Er hat in einer Arbeitsanleitung das Arbeitsverfahren für die einzusetzenden Geräte und die Arbeitsweise

- beim Einbau,
- bei der Verdichtung und
- für die Bearbeitung der Oberfläche festzulegen.

Das Einhalten der Soll-Vorgaben ist zu dokumentieren und die Ergebnisse dem AG vorzulegen. Die Arbeitsanleitung und die Soll-Vorgaben sind anhand der Ergebnisse der Griffigkeitsmessungen der Kontrollprüfungen zu bewerten.

Dem AG (BÜ) wird unmittelbar nach der Durchführung der Prüfung, spätestens jedoch am folgenden Arbeitstag, eine Ausfertigung der jeweiligen Prüfungsniederschrift ausgehändigt.

Bei Prüfungen mit negativem Ergebnis sind die Versuche nach ordnungsgemäßer Durchführung der Leistung zu wiederholen und die Ablösung des Negativergebnisses durch die Wiederholungsprüfung zu dokumentieren.

Kommt der AN seiner Verpflichtung zur Durchführung der Prüfungen nicht oder nicht vollständig nach, ist der AG berechtigt, ein Labor seiner Wahl mit der Durchführung der Prüfungen auf Kosten des AN zu beauftragen. Den daraus folgenden Mehraufwand der BOL / BÜ hat der AN ebenfalls zu übernehmen.

Der Auftragnehmer hat die Qualität seiner Bauleistung nachzuweisen. Er hat sich hierbei durch zugelassene Prüfinstitute bedienen zu lassen. Soweit in der Leistungsbeschreibung keine anderen Festlegungen getroffen werden, gelten zur Qualitätssicherung die Anforderungen der jeweiligen ZTV. Gleiches gilt für Art und Umfang der Eigenüberwachungsprüfungen. Die Prüfungen sind in Anwesenheit eines Beauftragten des AG durchzuführen. Die Ergebnisse sind in geeigneter, übersichtlicher Form zu erfassen, aufzutragen und dem AG zweifach zu übergeben. Eine gesonderte Vergütung erfolgt nicht.

Der AG behält sich das Recht der Beauftragung eines Prüflabors seiner Wahl vor, sofern der AN seiner Pflicht zur Prüfung nicht nachkommt. Die Kosten gehen zu Lasten des AN. Gemeinsam von AG und AN durchgeführte Prüfungen werden zur Abnahme mit herangezogen. Sind die Ergebnisse einer Eignungsprüfung negativ, so sind die Versuche nach ordnungsgemäßer Durchführung der Leistung zu wiederholen. Eine gesonderte Vergütung erfolgt nicht.

3.12.3 Kontrollprüfungen

Der AG behält sich bei allen Leistungen vor, Kontrollprüfungen durchzuführen. Der AN unterstützt dabei den AG gemäß den Festlegungen des LV. Er kann aber auch fordern, dass die vom AN nach den technischen Vorschriften, Normen, Richtlinien und Merkblättern durchzuführenden Eigenüberwachungsprüfungen in Gegenwart des AG ausgeführt werden. Ort und Zeitpunkt der Prüfungen sind dann im gegenseitigen

Einvernehmen zwischen AG und AN festzulegen. Die Prüfungen sind in Anwesenheit eines Beauftragten des AG durchzuführen. Werden aus einer Kontrollprüfung negative Ergebnisse erhalten, kann der AG eine Wiederholungsprüfung fordern. Die Kosten trägt der AN.

Zur Kontrolle der Einbaugewichte der Asphaltsschichten sind dem AG die Originalwiegescheine (Lieferscheine) unmittelbar nach Einbau auszuhändigen. Die Abrechnung- und Abzugsberechnung erfolgt nach den ZTV und den Besonderen Vertragsbedingungen.

Die Ebenheitsmessungen werden im Zuge der Kontrollprüfungen des AG durchgeführt. Werden die nach den Technischen Vorschriften und Richtlinien zulässigen Unebenheiten überschritten, so ist dies ein Mangel gemäß ZTV Asphalt-StB 07/13, ZTV BEA-StB 09 bzw. ZTV SoB-StB 2020. Messungen in Längsrichtung werden mit dem Planographen ausgeführt. Messungen in Querrichtung können mit Richtlatte und Messkeil erfolgen.

Der Schichtenverbund wird gemeinsam durch AG und AN an den für die Kontrollprüfungen vorgesehenen Bohrkernen festgestellt. Der Schichtenverbund gilt immer dann als ausreichend, wenn die Bohrkern vollständig entnommen werden können. Liegt fehlender Schichtenverbund vor, so ist dies ein Mangel gemäß VOB/B § 4, Nr. 7 bzw. § 13. Identitätsprüfungen

Nach Aufforderung des Auftraggebers hat der Auftragnehmer Proben aller zur Verwendung kommenden Asphaltmischgutarten und Bindemittel (Bindemittelvollprüfung) zu Kontrollprüfungen bzw. Identitätsprüfungen zu entnehmen.

Der Auftragnehmer hat dies zu ermöglichen und dazu eventuell erforderliche Hilfskräfte für Probenahme und Versand der Proben sowie die Stoffe ohne besondere Vergütung zu stellen.

3.12.4 Muster für Bauteile

Entsprechen die Bauteile den jeweiligen DIN-Normen oder den Forderungen der Leistungsbeschreibung, wird auf die Vorlage von Mustern verzichtet.

3.12.5 Bautagesberichte (§ 4 VOB/B)

Der Auftragnehmer hat Bautagesberichte zu führen und dem Auftraggeber täglich zu übergeben. Sie müssen alle Angaben enthalten, die für die Ausführung und Abrechnung des Auftrages von Bedeutung sein können.

Dies sind insbesondere:

- Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit,
- Witterung (Temperaturen, Niederschlagsmengen, Luftfeuchtigkeit),
- Anzahl und Qualifikation der auf der Baustelle beschäftigten Arbeitskräfte,
- eingesetzte Nachunternehmer/andere Unternehmer,
- Anzahl und Art der eingesetzten Großgeräte sowie deren Zu- und Abgang,
- Anlieferung von Hauptbaustoffen,

- Art, Umfang und Ort (Station, Bauteil) der geleisteten Arbeiten mit den wesentlichen Angaben über den Baufortschritt (Beginn und Ende von Leistungen größeren Umfanges, Betonierzeiten und dergleichen),
- Behinderung und Unterbrechung der Ausführung,
- Arbeitseinstellung mit Angabe der Gründe,
- Unfälle und sonstige wichtige Vorkommnisse.

3.13 Zusammenfassende Angaben für den SiGe-Plan

Es ist kein SiGe-Plan erforderlich, die Angaben hierzu entfallen.

4 Ausführungsunterlagen

4.1 Vom AG zur Verfügung gestellte Unterlagen

Der Bauentwurf wird nach Auftragserteilung übergeben.

Folgende Unterlagen sind Bestandteil des Bauentwurfs:

Baubeschreibung und Leistungsverzeichnis

Übersichtskarte

Lageplan

Lageplan Haltestelle

Verkehrsführung Bauphase

Umleitungskonzept

Schadstoffuntersuchung Asphalt

4.2 Vom AN zu beschaffende Unterlagen

4.2.1 Zur Bauanlaufberatung

- Bauzeitenplan
- Erläuterung des Bauablaufs

Der AN beschafft sich in eigener Sache die Leitungsbestandspläne und Schachterlaubnisse der zuständigen Rechtsträger der Ver- und Entsorgungssysteme sowie die verkehrsrechtlichen Anordnungen einschl. der Erarbeitung der Verkehrssicherungs- und Umleitungspläne.

4.2.2 Ausführungsunterlagen

4.2.3 Bestandspläne, Bauwerksbuch

Straßenbau

Für die auszuführenden Deckenerneuerungen Fahrbahn und Gehweg sind nach der Fertigstellung keine Bestandsvermessungen oder -unterlagen anzufertigen.

4.2.4 Dokumentationsaufnahmen für den gesamten Bauablauf

Es ist eine Dokumentation des vorhandenen Zustandes und des Bauablaufes bis zur Beendigung der Bauarbeiten aufzustellen. Dazu gehört die Darstellung der Ausbildung der Verkehrsflächen selbst, sowie von Einzelteilen, die später nicht mehr sicht- und prüfbar sind, insbesondere durch fotografische Aufnahmen. Die Baudokumentation ist digital auf Datenträger sowie in Papierform (Indexprint) in 2-facher Ausfertigung zu liefern und mit Datum und Aufnahmeobjekt zu beschriften.

4.2.5 Abnahmeunterlagen

Zur Endabnahme ist eine Abnahmedokumentation aller erforderlicher Nachweise, Prüfungen, Schriftverkehr, Protokolle, Qualitätszertifikate, Teilabnahmen und Sonstiges zusammengefasst in einer Abnahmemappe mit Inhaltsverzeichnis anzufertigen und zu übergeben.

5 Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen

5.1 Anzuwendende sonstigen Technische Regelwerke/Vorschriften

Als anerkannte Regeln der Technik gemäß § 4(2) VOB/B gelten die in der Leistungsbeschreibung und im gültigen Allgemeinen Rundschreiben des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur aufgeführten Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen in der aktuellen Ausgabe mit den zugehörigen Technischen Regelwerken (Technische Lieferbedingungen und Prüfvorschriften, Richtlinien, Merkblätter sowie weitere ZTV) in der zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe gültigen Fassung.

6 Sonstiges

In Unterbeschreibungen werden sowohl zusätzliche Angaben zum besseren Verständnis der beschriebenen Leistung gemacht, als auch zusätzliche Leistungen aufgeführt, die in der Angebotspreisbildung berücksichtigt werden müssen.

Der in Standardtexten vorkommende Ausdruck "werden nicht gesondert berechnet" (oder ähnliche Formulierung) ist so zu verstehen, dass diese Leistung in die Einheitspreise einzurechnen ist.

Die Formulierung in den Leistungspositionen "geht in Eigentum des AN über und ist von der Baustelle zu entfernen" (oder sinnngemäße Formulierungen) ist gemäß KrW-/AbfG wie folgt zu interpretieren:

"Alle zu entsorgenden Abbruchmaterialien/-stoffe einschließlich Oberboden und Erdaushub sind mit Nachweis einer Wiederverwertung nach Wahl des AN zuzuführen." Ist keine Wiederverwertung möglich, ist der Nachweis der Entsorgung zu erbringen.

Alle diesbezüglichen Kosten sind dementsprechend in die EP einzukalkulieren (Laden/Transport/Deponiegebühren usw. entsprechend gewählter Entsorgung).

Alle erforderlichen Prüferzeugnisse und Eignungsnachweise sind mit einzureichen.

Alle Leistungen verstehen sich einschließlich Lieferung des gesamten Materials (Neumaterial) durch den AN, auch wenn es im Text der einzelnen Positionen nicht

ausdrücklich aufgeführt ist. Abweichungen sind im Text angegeben (z. B. Material des AG).

Bei allen Positionen sind die in den Zeichnungen und in der Baubeschreibung enthaltenen zusätzlichen Erläuterungen und Detailangaben zu beachten.